

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.  
Stempelnummer 25 241  
Zus. für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich 21,- M., vierteljährlich 60,- M.  
Die einseitige 32 mm breite Zeile 5,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 100,- M. u. Wohnungsanzeigen, 10seitige Anz. u. Verträge 25,- M. Tagesanzeigen laut Tarif. Auswärtige Zustüge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Anstaltsverwaltung:  
Marie-Anne 38/40.  
Druck u. Verlag von Henschel & Kretschmer in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

### Kauft Bücher!

Sie sind auch heute noch das beste und billigste Konfirmationsgeschenk!

Feinste Ledertaschen + Damentaschen  
Elegantes Reisegepäck  
26 Prager Straße **Adolf Näter** Prager Straße 26

### Bergmanns Zahnpasta Rosodont

man sucht vergeblich nach Besserm  
Überall erhältlich

### Armbanduhren

In Gold, Silber und Metall

Beste Werke  
Moderne Formen

### GUSTAV SMY DRESDEN

Moritzstr. 10 Ecke König-Jah-Str.

### Taschenuhren

Größte Auswahl  
Billigste Preise  
Für guten Gang weitgehende Garantie

## Annahme des Vertrauensvotums im Reichstag.

248 : 81.

Berlin, 30. März. Der Reichstag nahm das vom Zentrum eingebrachte Vertrauensvotum mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen an. Der Stimme enthalten haben sich die Unabhängigen und einige Mitglieder der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Der Antrag, der vom Abg. Marx im Auftrag der Zentrumspartei eingebracht worden war, hatte folgenden Wortlaut:

Der Reichstag verweigert sich gegen die in der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angebotenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu dieser Note abgegebene Erklärung.

Im Verlaufe der Sitzung wurde nach Verhandlungen über die wir auf Seite 2 dieses Blattes berichten, die **Besprechung der Regierungserklärung zur Reparationsnote**

fortgesetzt. — Das Wort erhielt Abg. Veiht (D. Sp.): Nach 3 1/2 Jahren herrsche immer noch der alte Ultimatumgeist nicht nur zum Schaden der Besiegten, sondern auch der Neutralen. Unsere Gegner selbst mühten erkennen, daß auch ihre Wirtschaft dadurch lahmgelegt werde. Das zeigte die Arbeitslosigkeit und die Millionen Tonnen Schiffraum, die in England stilllagen. Der Redner erklärte weiter, es sei bedauerlich, den Mangel an Einigkeit, der bei unseren Gegnern herrsche, auch bei uns selbst festzustellen. Das Vertrauensvotum der deutschnationalen Fraktion müsse keine Partei um so mehr ablehnen, als eine Stärkung der Stellung der Reichsregierung vor der Konferenz von Genoa eine absolute nationale Notwendigkeit sei. Das Ausland möge die Ablehnung der Note als das ansehen, was sie ist: Der Verzweiflungsschrei eines bis zum Letzten getriebenen Volkes.

Abg. Dr. Veiht: Die Erfüllungspolitik sei banterrot, es sei auch ein Trugschluß, etwas Unmögliches zu wollen, um das Unmögliche zu beweisen. Seine Freunde würden gegen die Erklärung der Regierungsparteien stimmen. Präsident Voebke teilte mit, daß ein deutschnationaler Änderungsantrag zum Antrag Marx vorliegt. Es soll hinangeführt werden:

Soweit sie eine klare Zurückweisung des Antrages der Reparationskommission auf die Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches enthält. Der Reichstag verweigert jedoch die Klare und eindeutige Stellungnahme zur Forderung der Reparationskommission auf neue Steuern sowie zu der Deutschland für 1922 auferlegten Kontributionslast von 70 Millionen Goldmark und 1450 Millionen Sachleistungen. Er verweigert ferner jede Zurückweisung des Antrages der Reparationskommission, ihre Forderungen zum Zwecke der Reparation auf das deutsche Privateigentum zu legen.

Neben dieser Erweiterung des Antrages Marx wird für den Fall der Ablehnung der Erweiterung beantragt, die Vertrauenserklärung im Antrag Marx zu streichen.

Abg. Derr (D. N.): Namens meiner Fraktion habe ich eine Erklärung abgegeben, die sich mit einzelnen Punkten des von uns gestellten Misstrauensantrages befaßt. Wir haben diesen Misstrauensantrag einachend motiviert, weil wir nach der Rede des Reichskanzlers die Überzeugung gewonnen hatten, daß in den Ausführungen des Kanzlers sich noch erhebliche Unklarheiten und Zweifelsfragen befinden. In der weiteren Debatte hat der Abgeordnete Dr. Stresemann für sich und seine Parteifreunde zum Ausdruck gebracht, daß sie in zwei Punkten eine andere Auffassung von der Bedeutung der Erklärung des Reichskanzlers gewonnen hätten, als wir. Ebenso hat heute der Abgeordnete Veiht eine ähnliche Erklärung abgegeben. Leider aber muß ich angesichts des beharrlichen und dauernden Widerstandes der Regierung feststellen, daß die Auffassung der Abgeordneten Dr. Stresemann und Veiht doch nicht richtig sein kann, daß unsere Ansicht vielmehr richtig ist, daß solche Unklarheiten nach wie vor bestehen. Wir haben in unserem Misstrauensantrag erklärt, daß wir es bedauern, daß der Kanzler sich erneut auf das unerfüllbare Angebot von 70 Millionen in Gold und 1450 Millionen in Sachleistungen festgelegt hat. Abgeordneter Dr. Stresemann hat erklärt, eine solche Reichsleistung habe er in den Ausführungen des Kanzlers nicht gefunden. Der Reichskanzler hat gesagt: Es würden uns nach der Reparationsnote Barzahlungen von insgesamt 720 Millionen in Gold auferlegt. Mit diesen Zahlungen hätten wir noch dem Ganzen der Verhandlungen rechnen müssen. Herr Dr. Rathenau hätte gern Gelegenheit gehabt, diesen Zweifelspruch des Kanzlers zu klären. Er hat aber nicht ein Wort gesagt. Nun zum zweiten Punkt: den 60 Milliarden Steuern. Wir vermischen die klare und eindeutige Zurückweisung überhaupt neuer Steuern und Kontributionen. Dr. Stresemann meinte, wir hätten wohl auch nach dieser Richtung den Reichskanzler mitverhandelt.

Jedenfalls seien er und seine Freunde der Meinung, daß überhaupt keine neuen Steuern zu gehandelt werden sollen. Ich habe die abweichenden Äußerungen des Kanzlers von gestern akzeptiert und stelle fest, daß ich eine ausführliche Anfrage an die Regierung gerichtet habe, wie es damit bestellt ist, und daß eine Antwort auf diese Anfrage nicht erfolgt ist. Danach sind unsere Zweifel nach wie vor berechtigt. Zum dritten Punkt, dem

Quariff in das deutsche Privateigentum. Dr. Stresemann hat nichts darüber gesagt, wie seine Fraktion dazu Stellung nimmt. Für uns sind diese drei Fragen aber die allerwichtigsten. Vielleicht ist es noch nicht allgemein bekannt, daß in dem offiziellen englisch-französischen Kommentar zu dem Abkommen von Paris ausdrücklich gesagt war:

Das Privateigentum der deutschen Staatsangehörigen sei bestimmt von der Haftung für die Reparationslasten auszuscheiden.

ein Grund mehr für die Regierung, nach dieser Richtung Klarheit zu schaffen. Sie hat aber auch über diesen wichtigen Punkt nicht ein Wort verloren. Daraus erklärt sich unser Misstrauensvotum. Unter Hinweisung zum Antrag Marx hat folgenden Grund: Im Antrag Marx heißt es: „Der Reichstag verweigert sich gegen die dem deutschen Volke angebotenen unerträglichen Forderungen.“ Wir sind der Meinung, daß für diesen Satz in der Tat eine Einheitsfront in diesem Hause hergestellt werden könnte, und sind selbst durchaus bereit dazu. Der Antrag hat aber eine Fortsetzung, die wieder die Unklarheiten übernimmt: „und billigt daher“. Um diese Unklarheiten zu beseitigen, glauben wir, unseren Änderungsantrag stellen zu müssen. Sollte er abgelehnt werden, so beantragen wir, diesen Schlußsatz zu streichen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Der Abg. Derr hat hingewiesen auf die Differenzen in der Auffassung der Reichsregierung des Reichskanzlers. Auch das, was der Abgeordnete Derr heute ausgeführt hat, ist in keiner Weise geeignet, meine Auffassung zu erschüttern. Was unsere Stellungnahme zu dem Quariff in das deutsche Privateigentum anlangt, so weisen ich die deutschnationale Volkspartei auf die Ausführungen hin, die mein Fraktionskollege Daub dazu gemacht hat. Im übrigen habe ich folgende

### Erklärung

abgegeben: Wir haben bei der letztgenannten Debatte über die Note der Reparationskommission zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, hinter das Nein der Reichsregierung eine möglichst breite Front des Reichstages und des deutschen Volkes zu setzen. Deshalb stimmen wir der Entscheidung zu, die die Verwahrung des deutschen Reichstages gegen die unerhörten Forderungen der Reparationskommission zum Ausdruck bringt und daher hinter die Erklärungen der Reichsregierung zu den neuen Noten der Reparationskommission tritt. Das diese unsere Zustimmung nicht auf prinzipielle Ausführungen des Reichskanzlers in dem Schlußabsatz seiner Rede bezogen werden kann, ist in meinen Beiträgen, im Namen meiner Fraktion hierzu gemachten Ausführungen ausdrücklich betont worden. Wir können aber von einem Eingehen auf diese prinzipiellen Gegenstände in der gegenwärtigen ungenügsamen Situation nichts Günstiges für das deutsche Volk erhoffen. Wir lehnen daher ein Eingehen auf den Antrag dieser Gegenstände jetzt ab und werden uns demgemäß gegenüber dem Antrag Derr der Stimme enthalten.

Abg. Dr. Veiht (Komm.) erklärte, daß er einem uneingeschränkten Misstrauensvotum nicht zustimmen wolle, da seiner Fraktion die Bettagenossenschaft mit den deutschnationalen leid sei. (Heiterkeit.) Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) hielt demgegenüber fest, daß seine Partei mit den Kommunisten nicht verheiratet sei, also von einer Bettagenossenschaft keine Rede sein könne. (Große Heiterkeit.) Die Änderungsanträge konnten nicht früher abgelehnt werden, da der Antrag Marx erst im letzten Augenblicke vorgelegt wurde. — Abg. Wils (Zsp.) erklärt, daß seine Fraktion unter Ablehnung aller Änderungsanträge für die Resolution Marx stimme.

Ueber die Abstimmung entspann sich dann eine längere lebhafte Geschäftsordnungsdebatte. Präsident Voebke schlug vor, zunächst über das Vertrauensvotum abzustimmen. — Abg. Schulz-Bromberg (D. N.): Wir können ja die Entscheidung über diese Geschäftsordnungsfrage vertagen. — Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) widersprach der Vertagung. Präsident Voebke schlug nunmehr vor, die Zusatzanträge vorbehaltlich einer endgültigen Klärung in der Geschäftsordnungskommission vorläufig für zulässig zu erklären.

Ueber den ersten Zusatzantrag Derr wurde namentlich abgestimmt. Er wurde mit 82 gegen 60 Stimmen der deutschnationalen abgelehnt. Der Zweitensatzantrag auf den Antrag Marx, die Vertrauenserklärung zu streichen, wurde in ebenfalls namentlicher Abstimmung mit 82 gegen 60 Stimmen der deutschnationalen, bei 10 Stimmenthaltungen der Unabhängigen abgelehnt. Es erfolgte dann die

Abstimmung über den unveränderten abgelehnten Vertrauensantrag Marx. Auch diese Abstimmung war namentlich. Sie hatte das Resultat, daß wir eingangs verzeichneten.

### Bayerische Fragen.

Die Bemühungen, die bayerische Regierungskoalition wieder nach rechts hin durch erneute Einbeziehung der Mittelpartei zu erweitern, sind einwachen auf den toten Punkt geraten, nachdem sich im Laufe der zwischen den Parteien gepflogenen Verhandlungen herausgestellt hat, daß es sich in der Sache doch um erhebliche tiefere Gegenstände handelt, als um den hässlichen Streit zwischen der Mittelpartei und den Demokraten, der den anderen Anlaß zum Scheitern der Koalitionsbildung gab. Die Bestrebungen zur Wiederaufnahme der aus deutschnationalen, Volksparteiern und den protestantischen Bauern der Pfalz zusammengesetzten Mittelpartei in die Regierung waren bereits so weit gediehen, daß man dem Ansehen nach mit einer vollendeten Tatsache rechnen durfte, als im letzten Augenblicke plötzlich die Demokraten erklärten, das mitelparteiliche Verhalten dürfe ihnen keine genügende Garantie dafür sein, daß die Partei ernstlich bestrebt sein werde, Beziehungen innerhalb der Koalition zu verbinden; diese Befürchtung werde durch die scharfen Angriffe, welche die mitelparteiliche Presse gerade in letzter Zeit gegen die Demokraten gerichtet habe, unterhöhlt. Das demokratische Vorgehen wirkte sehr überraschend, weil die vorgezeichneten Gründe, welche überhaupt vorhanden waren, so daß sich dann die Demokraten konsequenterweise überhaupt nicht erst an den Beratungen mit der Mittelpartei zusammen hätten setzen dürfen. Es ist also durchaus begreiflich, wenn von Seiten der letzteren der Verdacht ausgesprochen wird, es handle sich dabei um eine Beeinflussung der Demokraten durch die Parteileitung im Reich. Diese Schwierigkeit wäre indessen voranschreitlich durch weitere gütliche Auseinandersetzungen verhältnismäßig leicht zu beseitigen gewesen, und die Demokraten würden wohl bald anderen Sinnes geworden sein, nachdem sie zunächst erklärt hatten, sie würden im Falle des Beitrittes der Mittelpartei zur Koalition aus dieser ausscheiden, ohne deswegen der Regierung des Grafen Verdenfeld ihr Vertrauen zu entziehen. Nachdem aber die Dinge erst einmal soweit gekommen waren, offenbarte sich ein weit härteres Gemüths einer Einigung in der Gegenüberlichkeit, die zwischen der Mittelpartei und der bayerischen Volkspartei in die Erscheinung trat. Die Regierung hatte die Erklärung der Demokraten damit beantwortet, daß sie den Austritt dieser Partei aus der Koalition mit der bayerischen Volkspartei und dem Bauernbund ablehnte und lieber auf die Hinzuziehung der Mittelpartei vorläufig verzichtete. Diese Haltung mußte natürlich unvermeidlich in mitelparteilichen Kreisen Verwirrung und Verärgernisse verursachen, und nun beging der mitelparteiliche Führer Dr. Hilpert den großen taktischen Fehler, eine Politik ab irato zu machen, indem er mitten aus dem Impuls der ersten zornigen Erregung heraus einige hart ausgelegte Pfeile gegen den Grafen Verdenfeld von der Szene fliegen ließ. Das Scheitern der großen Koalition in Bayern, sagte er u. a., sei eine unerhörte Brästerung der Mittelpartei gewesen. Graf Verdenfeld werde Aufschlüsse über seine Reichspolitik geben müssen. Den härtesten Pfeil, den der Schütze im Köcher hatte, schenkte er ab in Gestalt der Erklärung, die Mittelpartei bringe dem Grafen Verdenfeld zwar kein Misstrauen entgegen, aber sie spreche ihm auch nicht ihr Vertrauen aus. Auf diese Kundgebung erwiderte die parteiamtliche Korrespondenz; der bayerischen Volkspartei mit einer ziemlich scharfen Polemik, deren Kern in dem Ausdruck der Meinung bestand, daß bei dem deutschnationalen Teil der Mittelpartei im Augenblick die Mischung überhaupt genommen zu haben scheint, die sich durch eine entschiedene Opposition gegen alle Parteien, auch gegen die bayerische Volkspartei, den größten Erfolg für die eigene Partei verspreche. Welche Nachteile aus einer solchen Schwankung der Mittelpartei für die Gesamtpolitik in Bayern entspringen müßten, wenn von der Mittelpartei eine polemische Atmosphäre geschaffen werden sollte, welche die bayerische Volkspartei zwingt, auch nach rechts hin den Abwehrkampf aufzunehmen, liegt auf der Hand. Nicht die Politik der bayerischen Volkspartei, wie Dr. Hilpert behauptet, sondern die Politik, die er selbst jetzt scheinbar einzuschlagen bestimme, könne in Bayern politische Entwicklungsmöglichkeiten anbahnen, die vom Standpunkte der politischen Ziele der bayerischen Volkspartei aus tiefste bedauert werden müßten.

Derartige gereizte Erörterungen zwischen den beiden führenden bürgerlichen Parteien in Bayern sind in hohem Grade unerfreulich und schaden dem feinen Gefüge der bayerischen Ordnungspolitik, die sich bisher so glänzend bewährt hat. Es wird sich daher im höheren allgemeinen Interesse empfehlen, daß von beiden Seiten eine sorgfältige und loyale Nachprüfung der vorhandenen Streitpunkte stattfindet, auf Grund deren sich eine Einigung im Sinne der Wiederherstellung der großen Koalition erzielen ließe. Die Mittelpartei ist in ihrem überwiegenden Teil mit der Methode, die Graf Verdenfeld in seiner Politik gegenüber dem Reich anwendet, nicht einverstanden. Sie